



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

14. Februar 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Terroranschläge und Hetze gegen Migranten – eine lebensgefährliche Spirale für die Arbeiterklasse

Ein Anschlag auf eine Kundgebung streikender Arbeitender mit 39 zum Teil schwer Verletzten. Es ist ein barbarischer Akt. Und viele fragen sich: Wie oft müssen wir das noch erleben?

Sofort haben fast alle Parteien versucht, damit Wahlkampf zu machen. Und zwar fast alle mit der gleichen Botschaft: Um für mehr Sicherheit zu sorgen, müsse man mehr Migranten abschieben und weniger ins Land lassen. Was nichts anderes bedeutet, als dass sie ALLE Migranten als potenzielles Sicherheitsrisiko, alle Muslime als potenzielle Islamisten darstellen.

Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Opfer: Wie viele, die gestreikt haben – Busfahrer, Beschäftigte der Müllabfuhr und der Krankenhäuser – sind selber Migranten? Es ist vor allem eine Lüge. Denn keine ihrer Maßnahmen wird die grausamen Anschläge verhindern.

„Die Grenzen für Geflüchtete schließen?“ Diese Maßnahme würde die ganz große Mehrheit treffen, die vor Elend, Krieg oder Terror flieht. Echte Terroristen hingegen finden Wege, ins Land zu kommen.

„Straftäter und Gefährder abschieben?“ Aber der Attentäter von München war kein Straftäter und auch nicht als Islamist bekannt, ebenso wie die meisten anderen Attentäter der letzten Jahre. Und der tödlichste Anschlag der letzten Monate wurde umgekehrt von einem Arzt und AfD-Anhänger verübt, der vom Wahn einer angeblich drohenden „Islamisierung Deutschlands“ besessen war.

In Wahrheit sind die Anschläge die Folge einer Gesellschaftsordnung, die weltweit den Bach runter geht: immer mehr Krieg, immer mehr Elend, brutale Herrschaft der Mächtigen... All dies bringt auch zunehmend Menschen hervor, bei denen die Verzweiflung darüber in grenzenlosen Hass oder Wahnsinn umschlägt. Es gibt keine einfache Lösung, um dies zu verhindern. Dafür müssen wir diese kaputte, kapitalistische Gesellschaft grundlegend ändern!

Härtere Migrationsgesetze hingegen ändern daran gar nichts. Und die Politiker wissen das. Doch sie wollen so wirken, als würden sie hart durchgreifen und für Ordnung sorgen. Deshalb for-

dern sie immer lauter, möglichst viele Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung abzuschieben. Doch das bedeutet nichts anderes, als ganze Teile der Arbeiterklasse abzuschieben!

Das kann man sich gerade in den USA anschauen. Dort lässt Trump – um angeblich „kriminelle Ausländer“ zu bekämpfen – derzeit Tausende Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung verhaften und abschieben. Und die Bilder lassen einen erschauern: Willkürlich werden Migranten auf Nachtschicht in Fabriken verhaftet und direkt ins Flugzeug gesetzt. Razzien durchkämmen Wohnviertel, ganze Familien trauen sich nicht mehr auf die Straße. Selbst Frauen, die seit Jahrzehnten mit einem US-Amerikaner verheiratet sind (und umgekehrt), werden abgeschoben.

Das ist das wahre Gesicht der „härteren Abschiebepolitik“, die auch hier immer mehr Parteien vertreten.

Dieser Terror gegen Migranten wird weder Anschläge noch Kriminalität verhindern. Ja, er wird nicht einmal verhindern, dass weiterhin Verzweifelte auf der Flucht vor Krieg und Elend in die USA oder nach Europa kommen. Und in Wahrheit wollen die Herrschenden das auch nicht. Sie brauchen diese Geflüchteten. Ohne sie müssten fast alle Baustellen, Reinigungsfirmen, Paketdienste oder Pflegeheime schließen.

Doch die ständige Hetze gegen Migranten soll uns ablenken – von allem, was unser Leben unsicher und zu einem täglichen Kampf macht: die wachsende Angst um den Arbeitsplatz und davor, die Rechnungen nicht bezahlen zu können, die immer schlechtere Gesundheitsversorgung, die schlechten Kita- und Schulbedingungen für unsere Kinder, die Angst vor der Armut im Alter...

Und in all diesen lebenswichtigen Fragen wollen alle Parteien unser Leben noch schlechter und unsicherer machen – eben weil sie alle in erster Linie für die Reichen, die Kapitalisten regieren. SPD, FDP und Grüne haben dies an der Regierung zu Genüge bewiesen. Und CDU und AfD? Die wollen den Reichen sogar noch mehr Milliarden schenken – und dafür noch mehr bei Kliniken, Kitas, Wohnungen, Renten usw. sparen.

Um uns davon abzulenken, hetzen sie umso lauter gegen Migranten. Doch gerade diese Hetze macht unser aller Leben unsicherer! Sie trägt dazu bei, dass sich viele Migranten als Ausgestoßene fühlen – was die nächsten jungen Leute in die Arme der Islamisten treibt.

Und vor allem macht sie rechtsextreme Kräfte immer stärker, die die Rechte aller Arbeitenden in Frage stellen und uns alle noch offener ausbeuten und unterdrücken wollen: Leute wie die AfD-Freunde Trump und Musk, die als Firmenchefs in ihren Betrieben Tausende von heute auf morgen entlassen, Jagd auf kranke Arbeitende machen, Gewerkschaften und jeden Widerstand gegen ihre ausbeuterische Politik unterdrücken – und die im Staat genauso skrupellos und autoritär regieren wollen.

Nachdem sich die CDU zum ersten Mal im Bundestag mit der AfD zusammengesetzt hat, haben viele die berechtigte Sorge, dass auch in Deutschland bald solche rechtsextremen autoritären Kräfte das Sagen haben. Hunderttausende gehen derzeit dagegen auf die Straße.

Diese gefährliche Entwicklung kann jedoch nicht aufgehalten werden, indem man andere Parteien wie SPD oder Grüne wählt. Nicht zufällig ist unter ihrer Regierung die AfD so stark geworden: Weil auch SPD und Grüne, um in der Krise die Profite der Wirtschaftsbosse zu schützen, unser aller Lebensbedingungen weiter verschlechtert haben. Und weil sie, um davon abzulenken, ebenfalls immer mehr Abschiebungen und Grenzkontrollen durchgeführt und damit die Logik der AfD übernommen haben.

Es gibt nur eine Möglichkeit, wie eine wirkliche Brandmauer entstehen kann – und zwar sowohl gegen die ständige Verschlechterung unserer Lebensbedingungen wie auch gegen die Gefahr rechter, autoritärer Regierungen: Wenn wir Arbeitenden anfangen, uns über Religion und Herkunft hinweg zusammenzutun, um uns gegen deren wahren Verursacher, gegen die Kapitalisten und ihre Parteien zu wehren... und ihnen letztlich die Macht wegnehmen. Und der erste Schritt hierzu ist, dass in den Betrieben und Arbeitervierteln Menschen für eine solche Perspektive eintreten.

Trumps Dreistigkeit enthüllt die Wahrheit über den Ukraine-Krieg

Mit ihren jüngsten Äußerungen hat die US-Regierung mit allen Illusionen über angebliche Selbstbestimmung und Freiheit der Ukraine aufgeräumt: Sie hat ganz deutlich gemacht, zwischen wem der Krieg in der Ukraine eigentlich geführt wird – und wer entsprechend auch über sein Ende entscheidet: die USA und Russland.

Die Staatschefs der europäischen Staaten hatten zwar das Recht, Geld und Waffen zu liefern. Doch die USA sind diejenigen, die dank ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht über den Verlauf des Krieges entscheiden. Ebenso, wie die US-Regierung (damals noch unter Biden) den EU-Staaten auch diktieren konnte, welche Sanktionen sie gegen Russland zu ergreifen hatten.

Und die Ukraine? Man hat den Soldaten und der Zivilbevölkerung erklärt, sie müssten den Horror der Front, der Bomben, des Elends ertragen, weil sie nur so eine Fremdherrschaft verhindern könnten. Nun hat Trump sehr offen erklärt: Wie viel er sich in diesen Verhandlungen für die Positionen der ukrainischen Regierung einsetzt, werde davon abhängen... ob die US-Konzerne im

Gegenzug einen Teil der wertvollen ukrainischen Bodenschätze bekommen: Seltene Erden im Wert von 500 Milliarden Euro.

Brutal und offen zeigt Trump, dass es der US-Regierung im Ukraine-Krieg einzig um ihre Interessen, um die Interessen ihrer Kapitalisten geht. Doch wenn man ehrlich ist war dies auch unter US-Präsident Biden nicht anders. Nur, dass Biden dies mit diplomatischen Floskeln und großen Reden über Demokratie und Freiheit maskiert hat.

Schon seit Jahrzehnten versuchen die USA sich die Gebiete unter den Nagel zu reißen, die nach dem Ende der Sowjetunion weiter im Einflussgebiet Russlands geblieben sind – wissend, dass sie damit irgendwann Krieg mit Russland provozieren.

Und für die USA war dieser Krieg auch sehr erfolgreich. Er hat den Einfluss des russischen Rivalen in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geschwächt. Er hat – dank der Sanktionen – den USA in Europa einen großen Absatzmarkt für ihr teures Flüssiggas verschafft.

Und in der Ukraine selber haben US-amerikanische Agrarkonzerne und In-

vestoren große Teile der Getreidefelder – der „Kornkammer Europas“ – aufgekauft, zu denen ihnen der Zugang bis dahin verschlossen war. Und nun, wo die ukrainische Armee nach drei Jahren keine Soldaten mehr für diesen end- und perspektivlosen Kampf findet, präsentieren sich die USA als Friedensstifter... im Gegenzug diesmal für den Zugang zu den wertvollen ukrainischen Bodenschätzen.

Die ukrainische Bevölkerung war für sie nie etwas anderes als Kanonenfutter.

Auch in Deutschland versuchen sie uns davon zu überzeugen, dass man immer weiter aufrüsten und sich auf mögliche Kriege vorbereiten müsse, erst recht seit Trumps Machtantritt. Dass wir nur so unsere Freiheit und Selbstbestimmung verteidigen könnten.

Die Erfahrungen der Ukrainer sind daher eine wichtige Lehre für uns alle: Die Herrschenden sind gut darin, uns ihre Kriege als selbstlose Taten in unserem Interesse darzustellen. Doch letztlich stellt sich IMMER heraus, was die Arbeitenden und Soldaten bereits im 1. Weltkrieg feststellen mussten: „Man glaubt fürs Vaterland zu sterben, doch man stirbt für die Profite der Industriellen.“

Der Krieg gegen die Palästinenser geht weiter

Der Geiselaustausch geht also weiter. Israelische Geiseln kehren zu ihren Familien zurück – oftmals unterernährt und schwach. Gleichzeitig werden hunderte Palästinenserinnen und Palästinenser aus israelischen Gefängnissen befreit, in denen viele von ihnen ohne jede Anklage einfach „administrativ“ gefangen gehalten worden waren – zum Teil seit Jahren. Nicht wenige von ihnen mussten ebenfalls aus dem Gefängnis direkt ins Krankenhaus gebracht werden, so kritisch war ihr Zustand durch Hunger, fehlende Krankenversorgung und Misshandlungen, die sie im israelischen Gefängnis erlitten haben.

Doch keiner weiß, wie es weitergeht – weder in Gaza noch im Westjordanland. Trump hat in seiner skrupellosen Art erklärt, dass er aus dem Gaza-Streifen die „Riviera des Nahen Ostens“ machen wolle. Auf den Leichen der Palästinenser will er die Krönung eines kapitalistischen Freizeit-Paradieses für Reiche schaffen, mit Casinos, Hotels und Bor-



Eine der freigelassenen Palästinenserinnen

dellen! Nur die noch lebenden zwei Millionen Palästinenser stören da. Also will er sie gerne in die Nachbarländer „umsiedeln“. Und der israelische Präsident Netanjahu hat auch gleich erklärt, dass für diesen Plan nur wenig US-Soldaten nötig wären. Die israelische Armee würde „die Arbeit machen“.

Die rechtsextremen Minister in Israel haben von Anfang an erklärt, dass sie

den Gazastreifen unbewohnbar machen wollen, um die Palästinenser zu vertreiben: erst aus Gaza und anschließend aus dem Westjordanland. Diese offen ausgesprochenen Absichten haben den ehemaligen US-Präsidenten Biden nicht daran gehindert, dieser extrem rechten Regierung immer weiter Waffen zu liefern und ihnen den Rücken zu stärken.

Biden hat die israelische Regierung damit letztlich genauso bei ihrer Politik der ethnischen Säuberung unterstützt wie Trump. Nur dass dieser es dreist und offen ausspricht, während Biden seine Unterstützung hinter heuchlerische Worte von „Selbstverteidigung“ und „Kampf gegen Antisemitismus“ gehüllt hat.

Doch was immer sie auch versuchen: Die Palästinenser kämpfen seit 75 Jahren um das Recht, auf ihrem Land weiter leben zu können. Und sie werden sich auch von einem Trump nicht vertreiben lassen!

Wahlkampf: Ein Wettkampf zwischen arbeiterfeindlichen Parteien

Es gibt viel, was unser Leben zu einem täglichen Kampf macht: die Sorge um den Arbeitsplatz, kaum noch bezahlbare Wohnungen, die Schließung des letzten Krankenhauses in der Nähe, die ständig ausfallende Kita, immer mehr Staus und ausfallende Bahnen, die drohende Armut im Alter...

Doch die lebenswichtigen Probleme unseres Alltags spielen in dem derzeitigen Wahlkampf kaum eine Rolle. Kein Wunder! Denn keine der großen Parteien hat auf diesem Gebiet irgendetwas zu bieten, im Gegenteil: Sie alle werden an der Regierung unsere Lebensbedingungen weiter verschlechtern, denn sie alle verteidigen an erster Stelle die Interessen der reichen Kapitalisten.

SPD, FDP und Grüne haben dies in ihrer Regierungszeit zu Genüge bewiesen. Und CDU-Kandidat Merz? Der ist nicht nur Milliardär und Privatjet-Besitzer. Er ist auch der ehemalige Deutschland-Chef des Investment-Konzerns BlackRock, wo er Unternehmen, Krankenhäuser und Renten als Spekulationsobjekt benutzt hat, um seine megareichen Kunden noch reicher zu machen.

Und genauso will Merz auch regieren: Er will den Konzernen und Reichen über 50 Milliarden Euro an Steuern schenken – und dafür bei Kliniken, Kitas, Wohnungen, Renten usw. noch mehr sparen. Außerdem sollen Unternehmen künftig Arbeitende zwingen dürfen, mehr als 10 Stunden am Tag zu arbeiten.

Die AfD verspricht den Kapitalisten sogar noch größere Steuergeschenke – während eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern laut ihrem Wahlprogramm jährlich über 400 € MEHR an Steuern zahlen soll. Der reichste Konzernbesitzer der Welt und Arbeiter-Ausbeuter Elon Musk weiß, warum er die AfD unterstützt!

Wer auch immer die nächste Regierung stellen wird: Für unsere Interessen als arbeitende Klasse werden wir selber kämpfen müssen.

30 Kilo schwere Pakete schleppen, das ist eine unzumutbare Belastung!

Bis zu 31,5 Kilogramm schwere Pakete müssen Paketboten alleine ausliefern – zum Teil bis in die 4. Etage!

Seit Corona, seit auch die Auslieferung zum Beispiel von Tierfutter üblich geworden ist, ist die Zahl dieser schweren Pakete explodiert... und mit ihr die Rückenprobleme der Paketboten.

Nach vielen Protesten der Gewerkschaft sollte nun eigentlich Anfang des Jahres ein Gesetz verabschiedet werden, nachdem die Paketboten zumindest bei Paketen über 23 Kilo zu zweit bei der Auslieferung sein müssen.

Doch CDU und FDP haben dies verhindert, mit der derzeit beliebten Ausrede für alle Angriffe auf uns Arbeitenden: Schwere Pakete zu zweit ausliefern zu müssen wäre eine „unzumutbare Belastung“ für „die Wirtschaft“, sprich für die Bosse von Amazon, Hermes, DHL und Co. Die unzumutbare Belastung für die Arbeitenden interessiert sie nicht.



Derzeit kämpfen die Beschäftigten der Post in Warnstreiks für mehr Lohn und weniger Arbeitsbelastung. Gegen die Arbeiterfeinde in den Chefetagen und im Parlament der einzige Weg, um auch nur irgendeine Maßnahme in unserem Interesse durchzusetzen.

Und jetzt wieder Berufsverbote?

In Bayern hat letzte Woche ein Studierender seinen Arbeitsvertrag an der Uni verloren, weil er... für die Linkspartei kandidiert. Laut der CSU-Regierung ist er damit zu links, um im Öffentlichen Dienst zu arbeiten. Und das, wo die Linke seit Jahrzehnten in Landtagen sitzt, wo sie in manchen Bundesländern sogar mitregiert und dort keine grundlegend andere Politik als andere Regierungsparteien macht.

Aus ähnlichem Grund wurde einer Lehramtsstudierenden und Klimaaktivistin kurz zuvor der Zugang zum Referendariat und damit zum Lehrerberuf verboten: Man warf ihr vor, eine „marxistische Sprache“ zu benutzen.

Die regierenden Parteien reden viel von der „Gefahr für die Demokratie“ durch die AfD. In einer Zeit wachsender Krise und Unzufriedenheit, in der der Rechtsradikalismus erstmals wieder zu einer Gefahr wird, stellen sie selber zunehmend demokratische Rechte (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Streikrecht) in Frage – und zwar nicht bei den Rechtsextremen, sondern bei denen, die diese und auch den Kapitalismus kritisieren.

Die für die arbeitende Klasse lebenswichtigen Rechte müssen wir verteidigen!

thyssenkrupp:

Wessen Zukunftsaussichten?

thyssenkrupp geht es angeblich sehr schlecht. Offiziell macht der Konzern Verlust. Und doch hat er gerade 100 Millionen Euro Gewinn(!)-Beteiligung an die Aktionäre ausgeschüttet!

Gleichzeitig hat die Bank Goldman Sachs Anteile an thyssenkrupp gekauft, und der Milliardär Křetínský will weitere 30% der Aktien vom Stahlgeschäft übernehmen – trotz US-Zöllen und Konkurrenz aus China. Offensichtlich sehen reiche Kapitalisten in thyssenkrupp also sehr wohl eine gute Zukunft... für Aktionäre.

Doch für den Kontostand dieser Aktionäre sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter von thyssenkrupp akzeptieren, dass 11.000 von ihnen ihre Zukunft, ihren Arbeitsplatz im Konzern verlieren sollen???

Wenn der Chef samt Bankkonto verschwindet

Seit fast 50 Jahren gibt es vor allem im Ruhrgebiet die Metzgerei- und Imbiss-Kette „Wurst König“, mit 16 Filialen und ca. 200 Beschäftigten. Doch kurz vor Weihnachten standen die Verkäuferinnen morgens in den Filialen... aber es wurde keine Wurst geliefert. Die Geschäftsführer waren abgetaucht. Ein offensichtlich gut vorbereiteter Abgang: Selbst die letzten Einnahmen aus den Filialen wurden noch schnell per Kurrier abgeholt und beiseite geschafft.

Die Verkäuferinnen, die dort zum Teil jahrzehntelang gearbeitet haben, stehen vor dem Nichts. Sie haben ihren letzten Lohn im November bekommen. Und da die Firma kein Insolvenzverfahren eingeleitet und den Verkäuferinnen auch nicht offiziell gekündigt hat, bekommen sie zurzeit weder Insolvenz- noch Arbeitslosengeld. Höchstens Bürgergeld könnten sie beantragen! Und bis zu dessen Bewilligung müssen sie obendrein ohne einen Cent über die Runden kommen.

Wie so oft sitzen die Räuber in den Chefetagen.



Verkäuferinnen vor der (leeren) Zentrale von Wurst König fordern ihren Lohn

thyssenkrupp: tödliche Gefahr

Schon wieder ein tödlicher Arbeitsunfall im Stahlwerk von thyssenkrupp in Duisburg! Und schon wieder ist es ein Arbeiter einer Subfirma: diesmal ein 31 Jahre junger Mann, der auf einer Arbeitsbühne zwischen Sicherungsgeländer und Decke eingeklemmt wurde.

Fast alle schweren und tödlichen Arbeitsunfälle treffen Arbeiter der Subfirmen, an die thyssenkrupp die gefährlichsten Arbeiten auslagert. Allein 2023 starben auf dem Duisburger Werksgelände drei Arbeiter – alle drei von Subfirmen.

Den Großteil dieser Arbeiter werben die Subfirmen von thyssenkrupp unter den bulgarischen und rumänischen Familien in Duisburg an – und unter den Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan... Sprich unter denen, die kaum eine Wahl haben, weil sie keinen anderen Job finden.

In der letzten Zeit hören wir oft die Frage, ob Deutschland sicher sei. Für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter ist es eindeutig nicht sicher.

Was heißt Herzinfarkt auf niederländisch?

Als Folge der zahlreichen Krankenhaus-Schließungen ist in 11 von 31 meist ländlichen Gebieten in NRW das nächste Krankenhaus teilweise nicht mehr in 20 Minuten zu erreichen. Dabei hat NRW-Gesundheitsminister Laumann (CDU) genau das immer vollmundig versprochen. Schlaganfall-Stationen sind jetzt zum Teil sogar schon über 30 Minuten entfernt, obwohl jede Minute zählt.

Da hört sich Laumanns Ausrede nur noch höhnisch an: Die Betroffenen in den ländlichen Randgebieten NRWs können in die benachbarten Bundesländer fahren – bis zu deren nächsten Krankenhäusern wären die Strecken manchmal kürzer. Und die aus Nettetal fahren dann nach Holland?

Mit der Krankenhaus-Reform der Landesregierung, die am 1. April in Kraft tritt, müssen in den nächsten anderthalb Jahren obendrein noch zahllose weitere Stationen schließen. Dutzende weitere Krankenhäuser werden von der Landkarte verschwinden. Mit diesem Kahlschlag im Gesundheitswesen machen sie die gefährliche Unterversorgung, die jetzt schon für einige gilt, zum „Normalzustand“ – und nehmen bewusst in Kauf, dass Menschen dadurch sterben.

LKW-Fahrer: ein mutiger Streik

Zehn LKW-Fahrer aus Simbabwe haben vor fast drei Wochen auf einem Rastplatz gehalten und weigern sich weiterzufahren, bis sie ihren versprochenen Lohn erhalten.

Sie fahren für eine Tochterfirma der Hegelmann Group aus Baden-Württemberg, die 5.800 LKWs hat und 11.500 Arbeiter beschäftigt. Systematisch wirbt diese Spedition Fahrer in Afrika an und verspricht ihnen 1.500 Euro Lohn – wenn sie vorher Flug, Vermittlergebühren und die Kosten für die Papiere aus eigener Tasche bezahlen.

Doch sobald sie in Europa sind, werden sie gezwungen, wochenlang ohne einen Tag Pause durchzufahren, für 700 Euro im Monat – und davon müssen sie noch die Mautgebühren bezahlen.

Zehn Fahrer wollen diese Ausbeutung nicht länger mitmachen und streiken.



Die Spedition versucht mit allen Mitteln, die Streikenden zu brechen. Sie schickte Handlanger, die einen Streikenden samt LKW nach Tschechien verschleppen sollten. Einem Streikenden bauten sie die Batterie aus, sodass er nun ohne Heizung in seiner Fahrerkabine sitzt. Andere Fahrer warfen sie aus ihren LKWs und nahmen die LKWs mit. Doch mit Hilfe von Gewerkschaftern, die ihnen auch eine Unterkunft besorgt hat, wehren die Fahrer sich weiter.

Vor zwei Jahren haben streikende osteuropäische LKW-Fahrer ähnliche Angriffe erlebt. Doch nicht zuletzt dank großer Unterstützung konnten sie am Ende ihre Forderungen durchsetzen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org